

15 für die 115

[13.11.2019] Die Mehrheit der Hessen kann jetzt bei Fragen rund um die Verwaltung die Behördennummer 115 wählen. Dazu trägt der Rheingau-Taunus-Kreis bei, der mit 14 Kommunen dem 115-Verbund beigetreten ist.

14 Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis und die Kreisverwaltung selbst bieten ihren Bürgern jetzt die Behördennummer 115 an. Bei der Aufschaltung erklärt Hessens Digitalministerin Kristina Sinemus: „Die Menschen im Rheingau-Taunus-Kreis können ihre Anliegen zu Verwaltungsangelegenheiten ab sofort schnell und unkompliziert mit einem Anruf klären. Die 115 ist serviceorientiert und hilft den Menschen. Das fördern wir als hessische Landesregierung.“ Das Land finanziert im Verbund die Bereitstellung der technischen Infrastruktur für die bundesweite Behördennummer 115 mit rund 220.000 Euro. „Mit dem Beitritt von nahezu allen Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises sowie des Kreises selbst hat das Land Hessen die magische Grenze von 50 Prozent überschritten: Die Mehrheit der Hessen kann die Services der 115 nun in vollem Umfang nutzen und Informationen zu Dienstleistungen des Bundes, des Landes und ihrer Kommune erhalten“, berichtet Sinemus.

Damit ihre Bürger die 115 wählen können, haben die beteiligten Kommunen – Aarbergen, Eltville, Geisenheim, Heidenrod, Hohenstein, Hünstetten, Idstein, Lorch, Niedernhausen, Oestrich-Winkel, Rüdesheim, Schlangenbad, Taunusstein, Bad Schwalbach sowie die Kreisverwaltung – eine Kooperationsvereinbarung mit dem Service-Center Metropolregion Rhein-Neckar getroffen, berichtet der Rheingau-Taunus-Kreis. Dieses verfüge über die notwendigen Kompetenzen und liege mit einem Anteil der bereits beim Erstkontakt gelösten Anliegen von 89 Prozent weit über dem erforderlichen Standard. „Das Projekt ist ein gutes Beispiel für eine gelungene interkommunale Zusammenarbeit“, führt Taunussteins Bürgermeister Sandro Zehner aus. Es wurde „zentral in Taunusstein gesteuert und bearbeitet, sodass nicht jede teilnehmende Kommune dieselbe Arbeit noch einmal erledigen musste.“ Dabei hätten, so Zehner, „alle teilnehmenden Kommunen an einem Strang gezogen“, sodass „wir unterm Strich mit einem relativ überschaubaren Aufwand einen echten Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger erzeugen konnten.“ Im Sinne einer partnerschaftlichen Kooperation übernimmt der Kreis laut eigenen Angaben den jährlich an das Service Center zu zahlenden Sockelbetrag in Höhe von rund 18.000 Euro, der sich jeweils an der Einwohnerzahl der teilnehmenden Kommunen orientiert. „Gerade dadurch wird es auch den kleineren Kommunen ermöglicht, an dem Projekt teilzunehmen“, sagt Landrat Frank Kilian.

(ve)